

## **Mehr Demokratie wagen**

In Ammerbuch soll eine neue Schule gebaut werden. Nicht erst seit gestern. Schon 1997 hatte der Gemeinderat das beschlossen. Die Äcker für den Neubau auf der Höhe am Nordrand von Poltringen waren schon gekauft. Im letzten Moment beehrten die Bürger auf und entschieden anders: Der Schulstandort solle an der Ammertalbahn und nicht auf freiem Feld gesucht werden. Aus gutem Grund: Neue Zentren aus der Retorte haben sich nirgendwo bewährt. Ökologisch sind großflächige Neubauten in freier Fläche und ohne Erschließung durch öffentliche Verkehrsmittel nicht verantwortbar.

Mit Bürgermeister Friedrich v. Ow begann die Standortsuche von vorne. Diese Woche hat der Gemeinderat sich mit knapper Mehrheit für einen Neubau in Entringen unmittelbar an der Ammertalbahn entschieden. Die Bürgerinnen und Bürger haben am 23. Mai das letzte Wort.

Ein schönes, wenngleich seltenes Beispiel für direkte Demokratie im Land. Die Barrieren, die der Landesgesetzgeber der Sachentscheidung durch den Souverän entgegenstellt, sind viel zu hoch. Um einen Bürgerentscheid zu erzwingen, müssen 10% der Wahlberechtigten eine Unterschrift leisten. Damit ein Bürgerentscheid gültig ist, müssen mindestens 30% der Wahlberechtigten mit Ja stimmen. Mit dieser Messlatte wären die Stühle der Oberbürgermeisterinnen in Tübingen und Reutlingen mangels Stimmen heute leer.

Die Folge des Misstrauens der Landesregierung gegen Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger kann man an der Statistik klar ablesen: Im letzten Jahr fanden im ganzen Land gerade noch drei Bürgerbegehren statt. In Bayern waren es dank wesentlich erleichterter Voraussetzungen 102.

Wie ein roter Faden zieht sich die Ablehnung direkt-demokratischer Entscheidungen durch den schwarzen Filz im Land. Wahrscheinlich haben Inhaber von Posten und Pöstchen mit dem richtigen Parteibuch zu Recht Angst vor dem Volk. Ex-Oberbürgermeister Stefan Schultes wäre noch immer Reutlinger Stadtoberhaupt, hätten die Bürgerinnen und Bürger nicht seine hochfahrenden Kongresszentrumspläne im Orkus versenkt.

Dasselbe Schicksal würde den absurden Plänen zur Verödung der Tübinger Altstadt und Errichtung eines Behördenghetto beim Regierungspräsidium durch den Neubau des Landratsamts widerfahren, wenn nicht der Landtag vorgebaut hätte: Über Kreisangelegenheiten dürfen die Bürgerinnen und Bürger generell nicht entscheiden! Auch bei der Wahl des Landrats ist Mitsprache unerwünscht. In Bayern werden Landräte vom Volk gewählt, bei uns in Hinterzimmerrunden. Selbst die Rektorwahl an der Universität ist keine Wahl. In Freiburg und Tübingen stand jeweils nur ein Name auf der Vorschlagsliste, Konkurrenz wurde von den „Findungskommissionen“ nicht zugelassen – das Landeshochschulgesetz erlaubt es.

Nach Brecht sollen Politiker sich ein neues Volk wählen, wenn sie nicht mit ihm einverstanden sind. Unserer Landesregierung genügt es, das Volk vom wählen abzuhalten. Mehr Demokratie wagen – in Baden-Württemberg fehlt dafür noch der Mut.